

Belgien, Niederlande, Luxemburg

WICHARD WOYKE

Die Benelux-Staaten betrieben im Untersuchungszeitraum eine aktive Integrationspolitik, können sie doch durch den Integrationsprozeß Vorteile für ihre Staaten erreichen¹. Wenn inzwischen auch die Europäische Gemeinschaft aus zwölf Mitgliedstaaten besteht und die Benelux-Staaten nicht mehr über eine Sperrminorität wie bis zur ersten EG-Erweiterung verfügen, so nutzen sie doch nach wie vor die Benelux-Union als Instrument, um ihren Stellenwert in der EG wie auch in der internationalen Politik zu erhöhen.

Die Europapolitik der Benelux-Staaten wurde zum einen durch die Präsidentschaft Belgiens im ersten Halbjahr 1987, einschließlich des 30. Jahrestages der Römischen Verträge, zum anderen durch das Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) am 1. Juli 1987 sowie durch den erfolgreichen Brüsseler Sondergipfel vom Februar 1988 gekennzeichnet.

Die belgische Präsidentschaft

Erblasten

Belgiens Präsidentschaft in der EG wurde nicht nur von einer stabilen Regierung wahrgenommen, sondern in Premierminister Martens und Außenminister Tindemans besaß und besitzt Belgien ausgewiesene Europapolitiker, die bereits fünf Jahre zuvor an der Spitze einer christdemokratisch geführten Regierung für Belgien den Vorsitz in der EG mit großem Geschick geführt hatten. Da die Regierung Martens 1986 entscheidende Schritte zur belgischen Staatsreform getan hatte², keine innenpolitische Krise unmittelbar drohte und nationale Wahlen nicht anstanden, wurden nun an die belgische Präsidentschaft unter der Führung der beiden christdemokratischen Politiker auch große Erwartungen zur Sanierung der EG geknüpft. Nicht zuletzt konnten auch die spezifischen europapolitischen Erfahrungen der Regierungsbeamten für die Präsidentschaft erfolgreich genutzt werden. Doch war Belgiens Präsidentschaft in der EG belastet, da der Kleinstaat ungelöste Probleme als Erblast übernehmen mußte. Zunächst einmal befand sich die EG in einer schwierigen und akuten Finanzkrise, fehlten ihr doch zur Deckung des Budgets 8 Mrd. D-Mark. Die britische Premierministerin Thatcher hatte auf „ihrem“ Londoner Gipfel im Dezember 1986 eine Lösung verhindert, nicht zuletzt vor dem Hintergrund anstehender Unterhauswahlen im Vereinigten Königreich im ersten Halbjahr 1987³. Zweitens konnte die Einheitliche Europäische Akte nicht wie erwartet am 1. Januar 1987 in Kraft treten, da in Irland

erst eine Volksabstimmung darüber durchgeführt werden mußte⁴. Und schließlich erbte die belgische Präsidentschaft drittens das Problem des nicht verabschiedeten Rahmenprogramms im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung 1987–1991⁵. So war es nicht erstaunlich, daß Außenminister Tindemans die Möglichkeiten der belgischen Präsidentschaft, den EG-Prozeß voranzubringen, relativ gering einschätzte: „Wenn man sich klarmacht, was Belgien erwartet, könnte man fast verzweifeln und versucht sein, auf die Präsidentschaft zu verzichten“⁶.

Hauptprogrammpunkte

Für Belgien erlangte die zukünftige Struktur der Gemeinschaft große Bedeutung, erwartet doch das Land als Kleinstaat große Vorteile in fast allen Politikfeldern, besonders aber von einem einheitlichen Markt. So versuchte Belgien, den Binnenmarkt voranzubringen und wollte sich während seiner Präsidentschaft besonders Problembereichen wie Abschlußzeugnissen und Warenzeichen, Proben und Zertifikaten, Dienstleistungen, Transportwesen und anderem mehr widmen⁷. Die zweite große Aufgabe sah die belgische Präsidentschaft in der zukünftigen Struktur der Gemeinschaft. Hierunter wurden vor allem die Eigenmittel, die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die strukturellen Grundzüge der EG verstanden. Die belgische Präsidentschaft unterstützte das von Kommissionspräsident Delors am 15. Februar 1987 vorgelegte Konzept „Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden: eine neue Perspektive für Europa“⁸ und stellte sich weitgehend hinter seinen Plan zur Erweiterung der EG-Finanzierungsbasis⁹. Eine kurzfristige isolierte Lösung zur Deckung der bestehenden Haushaltslücke ohne eine langfristige EG-Haushaltsregelung vorzunehmen, war für die belgische Ratspräsidentschaft ausgeschlossen: „Wie die EG-Kommission will auch die belgische Präsidentschaft die Beibehaltung der in Fontainebleau zugunsten Großbritanniens bei der EG-Finanzierung festgelegten Korrekturmechanismen hinnehmen, da sonst nicht die Aussicht besteht, eine neue Finanzverfassung durchsetzen zu können. Belgien geht aber davon aus, daß diese Haushaltskorrektur revisionsbedürftig ist und nur im Rahmen eines Globalkonzepts gestaltet werden kann“¹⁰. Schließlich plädierte die belgische Präsidentschaft dafür, bei der zulässigen Steigerungsrate der nicht obligatorischen Ausgaben für die Strukturfonds abweichende Kriterien zuzulassen, um eine stärkere Erhöhung der Fonds zu ermöglichen.

Neben diesen beiden Hauptprogrammpunkten zielte die belgische Präsidentschaft auf die Harmonisierung der EG-Umweltpolitik, wobei besonders bei Großfeuerungsanlagen, Autoabgasen sowie dem Schwefelgehalt im Dieselöl einheitliche Werte erreicht werden sollten¹¹. Schließlich strebte das Land während seiner Präsidentschaft die Verwirklichung eines europäischen Rechtsfonds an, der den Erfordernissen des Binnenmarktes sowie der heutigen Gesellschaft Rechnung tragen sollte¹², und bemühte sich um eine Verbesserung des Kooperationsverfahrens zwischen Rat und Europäischem Parlament.

Verhandlungsführung

Die belgische Präsidentschaft war voll bester Absichten, doch konnte sie die hochgesteckten Ziele nicht erreichen. Das lag zum einen daran, daß in mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten Parlamentswahlen stattfanden und viele Kräfte der Regierungen für innenpolitische Erfordernisse gebunden wurden. Zum anderen lag es aber auch an der großen Komplexität der zu behandelnden Probleme. Die Finanzierungslücke der Gemeinschaft konnte nur im Zusammenhang mit der zukünftigen Strukturentwicklung der EG gelöst werden. Das bedeutete, daß die Vertreter eines kleineren Mitgliedslandes bei der Regelung dieser Problematik überfordert waren. Für den belgischen Ministerpräsidenten Martens war es klar, daß die drei großen EG-Staaten – Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland – die entscheidenden Stimmen bei der Verwirklichung des Delors-Programms und damit der Zukunft der EG besaßen¹³. Im Verlaufe der Präsidentschaft glaubte Martens jedoch zu erkennen, daß die großen EG-Länder darüber hinaus systematisch ihre eigenen Interessen durchzusetzen trachteten und sich über die kleinen Partner hinwegsetzten. Martens warf den großen EG-Ländern vor, sich dem Geist des Föderalismus zu widersetzen und den Fortschritt im Integrationsprozeß zu erschweren¹⁴. Die Rolle eines Kleinstaates, zumal wenn er die Präsidentschaft innehat, mußte vor diesem Hintergrund entweder in der Mittlerfunktion liegen, d. h. die unterschiedlichen Interessen der Akteure auf einen Nenner zu bringen und zu einem tragfähigen Kompromiß der Beteiligten zu gelangen, oder sich gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten zusammenzuschließen, um auf diese Weise seine Interessen durchzusetzen. Premierminister Martens verstand sich als Mittler. Zur Vorbereitung des Gipfels unternahm der belgische Premierminister Sondierungsreisen in die Hauptstädte der EG-Staaten, um in bilateralen Gesprächen die Vorschläge des EG-Kommissionspräsidenten über die zukünftige Struktur der Gemeinschaft zu erörtern und um möglichst auf dem Brüsseler Gipfel zu Entscheidungen zu kommen. Martens wollte mit Hilfe dieser Konsultationsrunden eine weitere Gipfelkonferenz verhindern, deren notwendigerweise öffentliche Stellungnahme eine spätere Einigung erschweren würde. Mit Hilfe dieser stillen Diplomatie hoffte der belgische Premierminister vor allem das Grundproblem der Finanzierung der Gemeinschaft erfolgreich lösen zu können. Der belgische Regierungschef setzte sich dafür ein, das von Delors vorgelegte Reformpaket als Ganzes anzunehmen und das Aufschütten zu verhindern. Belgien wollte sich nur für globale Lösungen stark machen und verhindern, daß eine Verwässerung der Vorstellungen des Kommissionspräsidenten eintritt, auch wenn es nicht in allen Aspekten mit dem Programm von Delors übereinstimmte¹⁵. Das Ziel des belgischen Premierministers war es, beim Brüsseler Gipfel eine mittelfristig angelegte Perspektive für die Gemeinschaft verabschieden zu lassen. Darunter verstand Martens stabile Finanzen bis 1992, die Reform der Landwirtschaftspolitik, die Reform des EG-Haushalts und neue politische Akzente, z. B. in der Technologie und Umweltpolitik. Ziel

des belgischen Premierministers war es, den Anteil der Kosten der Landwirtschaft im EG-Budget von 65% (1987) auf zukünftig 50% zu senken¹⁶.

Um den Gipfel nicht scheitern zu lassen – die Meinungsdivergenzen über die Fettsteuer, über den Währungsausgleich und über die Finanzierung und die zukünftige Struktur der Gemeinschaft waren gewaltig –, begab sich Premierminister Martens noch einmal kurz vor der Gipfelkonferenz auf Blitzreisen in die EG-Hauptstädte. Die belgische Präsidentschaft hatte gegen Ende ihrer Amtszeit ihre Ziele weitgehend zurückgeschraubt und versuchte lediglich, eine Blockade des Integrationsprozesses zu verhindern. So legte die Regierung Martens unmittelbar vor der Brüsseler Gipfelkonferenz ein sogenanntes Kompromißpapier in der kurzfristig einberufenen Sitzung der Außenminister vor. Der belgische Plan – von Außenminister Tindemans lediglich als „Richtschnur“ bezeichnet – sah eine striktere Ausgabendisziplin sowie eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und den Verzicht auf die Verdoppelung der Struktur-, Agrar- und Sozialfonds vor¹⁷. Doch angesichts des heftigen Widerspruchs der südlichen Mitgliedstaaten zog Belgien sein „Arbeitspapier“ zurück, um die Arbeitsatmosphäre der Gipfelgespräche nicht zu belasten. Das Ziel der belgischen Verhandlungsführung lag in der Abhaltung einer Grundsatzdebatte, da Fortschritte im Integrationsprozeß nach Auffassung des belgischen Premierministers nur mit Hilfe dieser Methode möglich waren. Die unterschiedlichen Vorstellungen der Regierungen der Mitgliedsländer über die Zukunft der Gemeinschaft hatten Martens in der Überzeugung gestärkt, daß nur auf diese Weise der Stillstand und ein eventuelles Scheitern der Integration verhindert werden konnte. In seinem Einladungsschreiben formulierte er: „Die Tagung des Europäischen Rats . . . findet unmittelbar vor dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte statt, die den Rahmen für die künftige Entwicklung der Gemeinschaft absteckt, damit sie die Herausforderungen am Ende dieses Jahrhunderts bestehen kann. Sie zwingt uns, so meine ich, unter anderem dazu, in den kommenden Jahren für eine ausgeglichene Entwicklung der Gemeinschaftspolitik Sorge zu tragen. Die Wahrung dieses Gleichgewichts ist eine unerläßliche Voraussetzung für die vollständige Öffnung des Binnenmarktes“¹⁸.

Die belgische Präsidentschaft konnte zumindest ein vollständiges Scheitern der Konferenz verhindern, wenngleich sie auch eine Verabschiedung über die mittelfristigen Zielsetzungen der Gemeinschaft nicht realisieren konnte. Zwar erreichte sie ein Einvernehmen zwischen den elf Mitgliedstaaten (außer Großbritannien) über die Erarbeitung allgemeiner Leitlinien, doch konnten die grundsätzlichen Weichen entsprechend den anfangs geäußerten Absichten nicht gestellt werden. Martens sah die Weigerung der Briten allerdings als ein vorläufiges Problem und glaubte – wie sich später zeigen sollte zu Recht – an eine Lösung dieses Problems.

Doch gab es auch Kritik an der belgischen Präsidentschaft, sowohl auf der Ebene der Nationalstaaten als auch im Europäischen Parlament. Fiel die Kritik anderer Regierungen aus EG-Mitgliedstaaten noch sehr moderat aus, so waren

im Europäischen Parlament deutliche kritische Urteile gegenüber der belgischen Präsidentschaft zu vernehmen. Der niederländische liberale Europa-Abgeordnete Gijs de Vries warf der belgischen Präsidentschaft vor, die Realisierung des gemeinsamen Binnenmarkts nicht mit der nötigen Energie vorangetrieben zu haben und somit für die Verschleppung dieses großen Projektes verantwortlich zu sein¹⁹. Auch die Fraktionsvorsitzende der liberalen Fraktion, die frühere Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, zeigte sich enttäuscht über die mangelnden Fortschritte in bezug auf den europäischen Binnenmarkt unter der belgischen Präsidentschaft. Für den Vertreter der sozialistischen Fraktion, den Belgier Ernst Glinne, hatte zwar die Präsidentschaft guten Willen gezeigt, doch nicht ausreichend Mut bewiesen²⁰. Noch kritischer waren die Vorwürfe der sozialistischen Opposition in der belgischen Abgeordnetenversammlung. Guy Spitaels, Präsident der Sozialistischen Partei, qualifizierte die belgische Präsidentschaft als „chaotisch, aufgeladen mit falschen Zwängen und lahmen Entschuldigungen“²¹. Wenigstens folgende drei Themenbereiche sah Spitaels durch die belgische Präsidentschaft vernachlässigt: eine gemeinsame Strategie zum Wachstum von Beschäftigung, die Einrichtung eines europäischen Sozialraums und ein europäischer Konsens über breite internationale Fragen²².

Bilanz

Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen ist es der belgischen Regierung während ihrer Präsidentschaft jedoch gelungen, ein vollkommenes Auseinanderdriften der Gemeinschaft zu verhindern. Sie hat darüber hinaus eine Diskussion über die Finalität der Gemeinschaft in Gang gesetzt, die letztlich mit dem erfolgreichen Sondergipfel von Brüssel im Februar 1988 positiv beendet wurde. Es gelang der belgischen Präsidentschaft auch, substantielle Ergebnisse während ihrer Tätigkeit verabschieden zu lassen wie zum Beispiel das Erasmus-Programm und das Vierte Protokoll über den Umweltschutz für die Jahre 1987 bis 1992.

Innenpolitische Krise: Lähmung der belgischen Außenpolitik

Das politische System Belgiens wies in den achtziger Jahren eine bemerkenswerte Stabilität auf, die vor allem durch die Regierungen des Premierministers Martens erreicht werden konnte. Die Weigerung des Bürgermeisters eines kleinen Ortes, seine Amtshandlungen wie vorgeschrieben zweisprachig durchzuführen, bildete den Anlaß für den erneuten Ausbruch der Krise zwischen Flamen und Wallonen. Doch das früher praktizierte Erfolgsrezept der Neuwahlen führte diesmal zu keiner Lösung. Die Christdemokraten, besonders die flämischen, erlitten starke Stimmenbußen, so daß die christlich-liberale Regierung nicht mehr über eine Mehrheit verfügte²³. Erst im Mai 1988 konnte nach fünfmonatigen Verhandlungen eine neue Regierung aus Christsozialen und Sozialisten unter Wilfried Martens gebildet werden.

Die Niederlande – loyaler und kritischer EG-Partner

In den Niederlanden kehrte der außenpolitische Alltag ein, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte 1986 die EG-Ratspräsidentschaft ausgeübt und dabei vor allem den Prozeß der Einheitlichen Europäischen Akte gefördert hatten²⁴. Die seit den Wahlen vom Mai 1986 bestätigte Koalitionsregierung aus christlich-demokratischem Appel (CDA) und der Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) unter Ministerpräsident Ruud Lubbers sah sich im Untersuchungszeitraum in der Außenpolitik vor allem mit markanten Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen konfrontiert. Das im Dezember 1987 zwischen den USA und der UdSSR abgeschlossene INF-Abkommen von Washington machte die für 1988 vorgesehene Stationierung der 48 Marschflugkörper in den Niederlanden überflüssig. Manche Beobachter sahen bereits die Niederlande nun eine holländische Art „Neue Ostpolitik“ praktizieren²⁵, unternahm doch Ministerpräsident Lubbers eine weithin beachtete einwöchige China-Reise, kam der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker zu einem mehrtägigen Besuch in die Niederlande und besuchte Außenminister van den Broek Polen und Ungarn. Eine Intensivierung der Beziehungen sollte natürlich der Verbesserung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen – eine Konstante der niederländischen Außenpolitik – mit diesen Staaten dienen.

Hinsichtlich der von den Niederlanden praktizierten Europapolitik wurden die Orientierungspunkte von Ministerpräsident Lubbers nach einem Treffen mit Kommissionspräsident Delors zu Beginn des Jahres 1987 folgendermaßen gesetzt:

- a) Die Regelung der Agrarausgaben bildet die Grundlage für die weitere Finanzierung der Gemeinschaft;
- b) die Budget-Disziplin muß beachtet werden;
- c) nur bei steigendem Wirtschaftswachstum können die meisten der Gemeinschaftsprobleme gelöst werden;
- d) eine Budgetkompensation für Großbritannien, aber auch für die Bundesrepublik Deutschland müßten in Betracht gezogen werden²⁶.

Den wichtigsten Teilaspekt der niederländischen Europapolitik bildet nach wie vor die Agrarpolitik, sind doch die Niederlande nach den USA zweitgrößter Exporteur landwirtschaftlicher Produkte. Die Landwirtschaftspolitik der niederländischen Regierung sah grundsätzlich eine Marktorientierung vor, d. h. die Regierung akzeptierte, „daß die Marktwirtschaft auch im Gartenbau gelten muß“²⁷, also einen für die Niederlande sehr bedeutsamen Agrarbereich. Die niederländische Regierung drängte auf eine EG-Agrarreform, da auch sie nur durch eine Lösung dieser Frage weitere Fortschritte im Integrationsprozeß für möglich hielt. So forderte der niederländische Landwirtschaftsminister Gerrit Braks stärkere Kürzungen bei den Getreidepreisen, als die Kommission vorgeschlagen hatte; angesichts der gesunkenen Inflation wären niedrigere Preise für landwirtschaftliche Produkte durchaus gerechtfertigt²⁸. Aber Braks wußte natürlich auch, daß

erstens der Anteil der Getreideerzeuger in der niederländischen Landwirtschaft relativ gering war und zweitens die niederländischen Landwirte aufgrund ihrer effektiven Anbaumethoden wesentlich wettbewerbsfähiger waren als ihre europäischen Kollegen. Das Ziel der Niederlande war es vor allem, eine Begrenzung der Ausgaben für die Landwirtschaft zu erreichen. Ungewöhnlich scharf attackierte Ministerpräsident Lubbers vor dem entscheidenden, die Weichen stellenden Brüsseler Sondergipfel vom Februar 1988 die deutsche Bundesregierung, die er für die Krise der EG verantwortlich machte²⁹. So nahmen die Niederlande zusammen mit den Briten eine den Deutschen diametral gegenüberstehende Position hinsichtlich der Agrarpolitik ein. Sie forderten geringe Garantiemengen und scharfe Sanktionen, um endlich die unaufhaltsam wachsenden Agrarausgaben der EG einzudämmen. Die Bundesregierung fürchtete dagegen Erlöseinbußen der Landwirte sowie die daraus resultierenden politischen Folgen und sprach sich vehement gegen die Festschreibung zu großer Preissenkungen aus³⁰. Letztendlich konnten sich die Verhandlungspartner auf dem Brüsseler Sondergipfel doch einigen, wobei die Vermittlungsfunktion des niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers – aber auch des spanischen Ministerpräsidenten González – zu dem Kompromiß über die Landwirtschaftspolitik beigetragen hatte³¹. Gerade wenn sich die politischen Auffassungen der großen Mitgliedsländer konträr gegenüberstehen, kann die Bedeutung der Kleinstaaten über ihr eigentliches Gewicht hinauswachsen. Ohne Zweifel wurde die niederländische Position bei der beschlossenen Regelung wesentlich berücksichtigt.

Luxemburg – der Kampf um den Erhalt der europäischen Institutionen

Das Großherzogtum Luxemburg gilt zu Recht als einer der europafreundlichsten Mitgliedstaaten, überwiegen die Vorteile einer Mitgliedschaft die Nachteile doch bei weitem³². So setzte sich auch die luxemburgische Regierung, bestehend aus einer Großen Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten, für eine Intensivierung des Integrationsprozesses ein. Außenminister Poos betonte im Mai 1987 die breite Zustimmung des Großherzogtums für die Vorschläge des EG-Kommissionspräsidenten Delors³³. Mit Hilfe einer spektakulären Aktion wollte Luxemburg zum 30. Jahrestag der Römischen Verträge sein europäisches Engagement beweisen. Alle seit dem 1. Januar 1988 zugelassenen Autos müssen danach auf ihren amtlichen Kennzeichen das Emblem der EG – den Kreis von zwölf Sternen auf einem azurblauen Untergrund – führen³⁴.

Der Stellenwert des Großherzogtums in der EG hat sich durch die beiden Erweiterungsrounden merklich verringert. Daher mußte Luxemburg auch 1987/88 seine Bemühungen um den Erhalt von EG-Behörden intensivieren. Unerwartete Unterstützung erhielt es dabei von Frankreich, das ebenfalls eine Einschränkung Straßburgs als „europäische Hauptstadt“ fürchtet. So wandten sich Frankreich und Luxemburg dagegen, „daß auf dem Umweg über Städtebaumaßnahmen bewußt die praktische Voraussetzung für eine Verlegung der Plenarsitzungen des Europäischen Parlamentssekretariats nach Brüssel geschaffen würden“³⁵. Die lu-

xemburgische Regierung setzte sich nicht nur für den Erhalt der europäischen Institutionen im Großherzogtum ein, sondern machte auch ihren Anspruch geltend, das neu einzurichtende Gemeinschafts-Handelsbüro in Luxemburg anzusiedeln, wobei man auf das 1965 geschlossene Abkommen verwies³⁶.

Die Benelux-Union – Widerlager zu den „Großen“

Innerhalb der sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaften besaß die Benelux-Union eine einzigartige Position, konnte gegen sie oder an ihr vorbei von den anderen Mitgliedstaaten keine Europapolitik betrieben werden³⁷. Diese Rolle ging jedoch mit den Erweiterungen verloren. Deshalb plädierte der niederländische Ministerpräsident Lubbers für eine Allianz mit den südlichen EG-Partnern, um das Monopol von Paris/Bonn/London zu brechen. Lediglich auf diese Weise wären konkrete Fortschritte, u. a. in der Technologie, möglich³⁸. Für Jacques Santer, luxemburgischer Premierminister, liegt in der Integration kleiner Länder die einzige Chance, eine größere Rolle im Entscheidungsprozeß zu spielen. Auf die größeren Partner könnten kleinere Länder durchaus Druck ausüben, wenn sie eine Motorfunktion wahrnehmen und mit Initiativen vorangingen³⁹. Nicht zuletzt die Tatsache, daß die Benelux-Union ökonomisch der zweitstärkste Akteur in der EG ist, macht ihre Bedeutung aus, so daß der belgische Premierminister Martens im Juni 1987 erklärte: „Wir, die kleinen Staaten, haben jetzt viel mehr Einfluß auf die Entscheidungen. Ich will die stimulierende Wirkung, die Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland in der EG haben, nicht in Zweifel ziehen, aber alleine können es diese Zwei auch nicht. Die Benelux-Länder und Italien sind sicherlich ebenso stark motiviert und in der Lage, Inspirationen zu geben wie Bonn und Paris“⁴⁰.

Belgisch-niederländische Europa-Episoden

In den grundsätzlich integrationsfreundlichen Ländern Belgien und den Niederlanden wurden 1987 Maßnahmen vorgenommen, die dem bisher gezeigten Europabewußtsein widersprachen. So wollte die belgische Regierung eine Autobahngebühr nach Schweizer Vorbild einführen, um damit ein wenig das chronische Defizit des Haushalts abzutragen. Doch auf Druck des Auslands, aber auch aufgrund innerer Proteste, mußte von dieser einer einheitlichen europäischen Verkehrspolitik diametral entgegengesetzten Maßnahme Abstand genommen werden⁴¹.

In den Niederlanden verwarf die Erste Kammer am 19. Mai 1987 mit 48 gegen 27 Stimmen die Einrichtung der Europäischen Stiftung, die erstmals im Tindemans-Bericht von 1975 gefordert und 1982 unterzeichnet wurde⁴². Die meisten niederländischen Parteien kritisierten die mangelnden parlamentarischen Kontrollen der Stiftung. Nachdem alle Parlamente bereits die Einrichtung der Stiftung ratifiziert hatten, bedeutete das Veto der Ersten Kammer den vorläufigen Verzicht auf die Europäische Stiftung und damit ein Integrationshemmnis für die europäische Kulturpolitik.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Woyke, Wichard: Erfolg durch Integration – die Europapolitik der Benelux-Staaten zwischen 1947 und 1969. Bochum 1985.
- 2 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2. Januar 1987.
- 3 Vgl. Hort, Peter: Der Europäische Rat, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87, S. 58–60.
- 4 Keatinge, Patrick: Irland, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87, S. 369–375.
- 5 Vgl. Grewlich, Klaus W.: Forschungs- und Technologiepolitik, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87, S. 207–210.
- 6 Die Welt v. 5. Januar 1987.
- 7 Vgl. Bulletin der EG 1/1987, S. 110.
- 8 Vgl. Bulletin der EG, 2/1987, S. 7 ff.
- 9 Zum Delors-Plan vgl. auch Hort, Peter: Der Europäische Rat, und Thalmann, Jörg: Die Kommission, in diesem Band.
- 10 Vereinigte Wirtschaftsdienste (VWD) v. 22. Juni 1987.
- 11 Vgl. VWD v. 11. Februar 1987.
- 12 Vgl. VWD v. 28. Januar 1987.
- 13 Vgl. VWD v. 19. Februar 1987.
- 14 Vgl. VWD v. 2. März 1987.
- 15 Vgl. VWD v. 15. Mai 1987.
- 16 Vgl. Interview Martens mit der Tageszeitung Die Welt v. 22. Juni 1987.
- 17 Vgl. Financial Times v. 29. Juni 1987.
- 18 Bulletin der EG 6/1987, S. 7.
- 19 Vgl. VWD v. 27. März 1987.
- 20 Vgl. VWD v. 19. Juni 1987.
- 21 Vgl. Europe Brief Notes Nr. 989 v. mid-September 1987.
- 22 Ebenda.
- 23 Vgl. Archiv der Gegenwart (AdG) v. 13. Dezember 1987, S. 31715.
- 24 Vgl. zur niederländischen Präsidentschaft Franck, Christian: Belgien, Niederlande, Luxemburg, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87, S. 329–332.
- 25 Vgl. Europe Brief Notes Nr. 986 v. September 1987.
- 26 Vgl. Europe, Allgemeine Information v. 29. Januar 1987.
- 27 So Europa-Staatssekretär van der Linden im Interview mit der Europäischen Zeitung 7/87.
- 28 Vgl. Financial Times v. 6. November 1987.
- 29 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 2. Februar 1988.
- 30 Vgl. NZZ v. 10. Februar 1988.
- 31 Vgl. F. A. Z. v. 15. Februar 1988.
- 32 Vgl. Woyke a.a.O.
- 33 Vgl. Europe Nr. 4556 v. 23. Mai 1987.
- 34 Vgl. Europe Brief Notes Nr. 994 v. 27. Oktober 1987.
- 35 AdG v. 21. November 1987, S. 31637.
- 36 Vgl. Financial Times v. 29. Juli 1987.
- 37 Vgl. Woyke a.a.O., S. 343 ff.
- 38 Vgl. VWD v. 2. März 1987.
- 39 Ebenda.
- 40 Die Welt v. 22. Juni 1987.
- 41 Vgl. EG-Magazin 9/1987, S. 7.
- 42 Vgl. Europe Nr. 4553 v. 20. Mai 1987.

Weiterführende Literatur

- Oberesch, Dieter: Die wirtschaftliche Integration der Benelux-Staaten. Köln 1983.
- Sleuwaegen, Leo: Multinationals, the European Community and Belgium: the small-country case, in: Journal of Common Market Studies 26 (1987), S. 255–272.
- Woyke, Wichard: Erfolg durch Integration. Die Europapolitik der Benelux-Staaten von 1947 bis 1969 (Politikwissenschaftliche Paperbacks 8). Bochum 1985.